

Wurde die UBS zu Landverkauf gedrängt?

Kritische Fragen zum Kauf des besetzten Koch-Areals durch die Stadt Zürich

Adi Kälin (ak)

Die Stadt Zürich kaufte der UBS im Jahr 2013 das besetzte Koch-Areal für 70 Millionen Franken ab. Die Bank dürfte auch deshalb verkaufswillig gewesen sein, weil die Stadt bei der Umzonung hohe Auflagen machte.

ak. · Die Medienmitteilung vom 18. Dezember überraschte gleich in zweifacher Hinsicht. Nach längeren Diskussionen um die Besetzung auf dem Gelände meldete die Stadt, dass sie der UBS das ganze Areal von 29 500 Quadratmetern Fläche abkaufen werde. Und es musste so rasch gehen, dass der Gemeinderat zum Geschäft gar nicht mehr befragt werden konnte. Die UBS hatte nämlich zur Bedingung gemacht, dass der Verkauf bis Ende 2013 besiegelt sein müsse. Die Linke jubelte, denn der Kauf war ein weiterer Schritt zur Erhöhung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen, wie es in der Gemeindeordnung verankert ist. Die bürgerlichen Politiker dagegen mutmassten, dass nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei – und dass die UBS mit hohen Auflagen geradezu zum Verkauf gedrängt worden sei. Die beiden FDP-Gemeinderäte Severin Pflüger und Albert Leiser wollten mit einer schriftlichen Anfrage Näheres dazu vom Stadtrat erfahren. Sie zweifelten auch an der offiziellen Begründung, die UBS habe dringend ihre Liquidität erhöhen müssen.

Der Stadtrat gibt sich in der Antwort zurückhaltend, will vor allem zu den «internen Beweggründen» der UBS und den Vermutungen der beiden Fragesteller nichts sagen. Er schildert aber noch einmal detailliert, was dem Verkaufsangebot vorausging: Weil das Koch-Areal in der Industriezone liegt, braucht es einen Gestaltungsplan, um darauf Wohnungen erstellen zu können. Es gab Machbarkeitsstudien, Empfehlungen des Baukollegiums und schliesslich einen positiven Entscheid des Stadtrats zu diesem «gemeinsam festgelegten Rahmen». Unter anderem wurde definiert, dass die UBS 10 000 der 29 500 Quadratmeter Land für einen öffentlichen Park zur Verfügung stellen muss. Weitere 7000 Quadratmeter sollten an die Stadt verkauft werden, um darauf gemeinnützige Wohnungen zu erstellen. Im Erdgeschoss waren ferner öffentlich zugängliche Nutzungen verlangt worden.

Der Stadtrat schreibt, dass er nicht bereit gewesen wäre, davon abzurücken; es handle sich aus seiner Sicht um «eine ausgewogene Lösung». Es brauche eine aktive Landkaufpolitik, um die wohnpolitischen Vorgaben in der Gemeindeordnung zu erfüllen.